

Vorlage an den Landrat des Kantons Basel-Landschaft

Titel: **Jahresbericht 2008 des Ombudsmann Baselland**

Datum: Juni 2009

Nummer: 2009-040_08

Bemerkungen: [Verlauf dieses Geschäfts](#)

Links: - [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
 - [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
 - [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
 - [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)

Allgemeines zur Ombudsstelle

1. Personelles

Der Sollstellen-Etat der Ombudsstelle Baselland blieb auch im Berichtsjahr derselbe, aber es gab einen Personalwechsel. Nach seiner Wahl durch den Solothurner Regierungsrat zum Amtsschreiber des Bezirkes Dorn-eck/Thierstein hat Cyrill Baumgartner, juristischer Mitarbeiter, die Om-budsstelle Ende Mai 2008 nach 5jähriger erfolgreicher Tätigkeit verlassen. Seine Nachfolge als juristische Mitarbeiterin hat per 1. Juni 2008 Josy Lachat angetreten.

2. Räumliches

„Ceterum censeo“: Die problematische räumliche Situation besteht weiterhin. Ich verweise auf meine Ausführungen in den Jahresberichten 2005-2007.

3. Politisches

Revision des Ombudsmanggesetzes

In den letzten Jahresberichten habe ich an dieser Stelle ausführlich über die erfolgte Evaluation der Institution Ombudsman durch den Landrat berichtet. Die daraus resultierende Vorlage zur Revision des aus dem Jahre 1988 stammenden Ombudsmanggesetzes konnte im Berichtsjahr vom kantonalen Parlament nicht mehr behandelt werden.

4. Diverses

4.1. Teilnahme an Fachtagungen und Weiterbildungsveranstaltungen

Im Berichtsjahr konnte ich an den folgenden Fachtagungen und Weiterbil-dungsveranstaltungen teilnehmen:

- Fachtagung der Schweizerischen Vereinigung der Parlamentarischen Ombudsleute (SVPO) vom 2. April in Zürich mit dem Schwerpunktthema „Anwaltstätigkeit und Ombudsarbeit: Gemeinsamkeiten und Unterschiede“
- Jahrestagung der Basellandschaftlichen Richtervereinigung vom 6. Juni auf dem Leuenberg
- Fachtagung der SVPO vom 10. September in Basel mit dem Schwerpunktthema „Richtertätigkeit und Ombudsarbeit: Gemeinsamkeiten und Unterschiede“. An dieser Tagung wurde zudem die Umbenennung der SVPO in VPO⁻ (Vereinigung der parlamentarischen Ombudspersonen der Schweiz) beschlossen
- Fachtagung der VPO⁻ vom 12. Dezember in St. Gallen

Die Arbeitstreffen mit den Amtskolleginnen und -kollegen der VPO⁻ dienen dem Erfahrungsaustausch und helfen mir, die im eigenen Wirkungskreis doch recht „einsame“ Tätigkeit immer wieder neu zu hinterfragen und – hoffentlich stetig – zu verbessern. Für diese Unterstützung möchte ich mich an dieser Stelle ganz herzlich bedanken.

4.2. Neuer Ombudsmann in der Stadt Winterthur

Nach 12jähriger erfolgreicher und engagierter Tätigkeit als Winterthurer Ombudsman hat Karl Stengel die Ombudsfamilie per Ende September 2008 „altershalber“ verlassen. Mit Karl Stengel verliert die VPO⁻ einen überaus loyalen, ehrlichen und hilfsbereiten Kollegen und kritischen Denker, der mit seiner pointierten Meinung nie hinter dem Berg gehalten hat. Dabei liess er sich in seiner Ombudstätigkeit immer von drei Buchstaben leiten: E wie Ehrlichkeit, F wie Fairness und G wie Glaubwürdigkeit.

Zu seiner Nachfolgerin wählte der Grosse Gemeinderat am 8. Dezember 2008 Viviane Sobotich. Bis zu ihrem Amtsantritt am 1. Juni 2009 wird die Ombudsstelle von Werner Moser, dem langjährigen und zwischenzeitlich pensionierten Ombudsman der Stadt Zürich, interimistisch geleitet.

Geschäftsgang im 2008

1. Neu eingegangene Geschäfte

1.1. Allgemeine Geschäftsstatistik

Jahr	Eingegangene Geschäfte	Abgeschlossene Geschäfte	Pendente Geschäfte	Telefonische Anfragen*
2003	275	272	24	
2004	285	290	32	24
2005	278	276	28	217
2006	256	266	21	214
2007	250	248	23	210
2008	288	287	24	248

*Seit November 2004 werden auch die telefonischen Anfragen von Ratsuchenden erfasst, bei denen sich der Ombudsman, nach zum Teil recht zeitintensiven telefonischen Anhörungen, für nicht zuständig erklärt und die Ratsuchenden an allenfalls zuständige Stellen weiter verweist.

1.2. Herkunft der Geschäfte nach Privatpersonen und jur. Personen

Jahr	Eingegangene Geschäfte	Natürliche Personen	Juristische Personen
2003	275	271	4
2004	285	276	9
2005	278	275	3
2006	256	251	5
2007	250	245	5
2008	288	277	11

1.3. Herkunft der Geschäfte nach verwaltungsexternem und verwaltungsinternem Bereich

Jahr	Eingegangene Geschäfte	Extern	Intern
2003	275	249	27
2004	285	246	39
2005	278	234	44
2006	256	220	36
2007	250	205	45
2008	288	248	40

1.4. Herkunft der Geschäfte nach Bezirk (Wohnort)

Jahr	Eingegangene Geschäfte	Arlesheim	Laufen	Liestal	Sissach	Waldenburg	Andere
2003	275	99	24	91	23	20	19
2004	285	92	19	80	43	22	29
2005	278	99	15	71	41	16	36
2006	256	86	17	71	31	14	37
2007	250	79	21	79	22	16	33
2008	288	102	18	68	28	20	52

1.5. Bezug der Geschäfte zu (Mehrfachnennungen möglich)

Jahr	Eingegangene Geschäfte	Staat	Gerichte	Gemeinden	Andere
2003	275	163	14	94	40
2004	285	160	16	84	49
2005	278	159	17	89	27
2006	256	130	7	96	30
2007	250	135	11	86	27
2008	288	157	10	86	39

1.6. Bezug der Geschäfte zu den Kantonalen Direktionen

(Mehrfachnennungen möglich)

Die 157 Geschäfte, die staatliche (kantonale) Verwaltungsstellen betrafen, verteilen sich wie folgt auf die einzelnen Direktionen (*in Klammern die Zahlen aus dem Vorjahr*):

Direktion	Geschäfte		Extern		Intern	
Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion	25	(10)	10	(4)	15	(6)
Bau- und Umweltschutzdirektion	11	(12)	6	(10)	5	(2)
Finanz- und Kirchendirektion	32	(34)	30	(31)	2	(3)
Justiz-, Polizei- und Militärdirektion	56	(47)	53	(38)	3	(9)
Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion	36	(32)	24	(22)	12	(10)

1.7. Bezug der Geschäfte zu den Gemeinden (Mehrfachnennungen möglich)

Die 86 Geschäfte aus den Gemeinden betrafen folgende Behörden (*in Klammern die Zahlen aus dem Vorjahr*):

Behörde	Geschäfte		Extern		Intern	
Gemeinderat (inkl. Gemeindeverwaltung)	34	(27)	31	(21)	3	(6)
Vormundschaftsbehörde	6	(9)	6	(9)	0	(0)
Sozialhilfebehörde (inkl. Sozialdienst)	41	(42)	41	(42)	0	(0)
Primarschulrat (inkl. Schulleitung)	4	(8)	3	(4)	1	(4)
Bürgergemeinde	2	(2)	2	(2)	0	(0)

2. Bearbeitung der Geschäfte im 2008

2.1. Reaktionszeit bei den im 2008 neu eingegangenen 288 Geschäften

Obwohl die Ombudsstelle keine „Blaulicht-Organisation“ ist, ist es in der Regel doch angezeigt, persönliche Erstbesprechungen mit den Ratsuchenden im Büro des Ombudsmann innert nützlicher Frist anzusetzen.

In den 288 im Berichtsjahr eingegangenen Geschäften wurden 145 persönliche Erstbesprechungen vereinbart und zwar:

Persönliche Erstbesprechung	Fälle	in %
Sofort, am gleichen Tag	9	6.2
Innert 1 Arbeitstag	27	18.6
Innert 2 Arbeitstagen	21	14.5
Innert 3 Arbeitstagen	9	6.2
Innert 4 Arbeitstagen	23	15.9
Innert 5 Arbeitstagen	20	13.8
Innert mehr als 5 Arbeitstagen	36	24.8

Insgesamt war also in 109 von 145 Fällen eine Erstbesprechung innerhalb von 5 Arbeitstagen seit Eingang des Geschäftes möglich. Das entspricht einem Prozentsatz von 75.2% (Vorjahr 85.1%).

In insgesamt 64 im Berichtsjahr eingegangenen Geschäften war prima vista keine persönliche Besprechung angezeigt. Eine Reaktion/Rückmeldung durch den Ombudsman (schriftlich oder telefonisch) erfolgte:

Reaktion/Rückmeldung (schriftlich/telefonisch)	Fälle	in %
Sofort, am gleichen Tag	18	28.1
Innert 1 Arbeitstag	16	25.0
Innert 2 Arbeitstagen	5	8.0
Innert 3 Arbeitstagen	4	6.2
Innert 4 Arbeitstagen	0	0
Innert 5 Arbeitstagen	2	3.1
Innert mehr als 5 Arbeitstagen	19	29.7

In insgesamt 45 von 64 Fällen erfolgte also eine Reaktion/Rückmeldung durch den Ombudsman innert 5 Arbeitstagen, was einem Prozentsatz von rund 70% entspricht (Vorjahr 90%).

Bei den restlichen 79 im Berichtsjahr eingegangenen Geschäften waren weder eine persönliche Erstbesprechung beim Ombudsman noch dessen Reaktion/Rückmeldung nötig bzw. angezeigt. Diese Geschäfte erledigten sich zu meist im Rahmen des ersten ausführlichen telefonischen Kontaktes der Ratsuchenden mit dem Ombudsman.

2.2. Beratungs- und Vermittlungstätigkeit im 2008

(in Klammern Zahlen im 2007 und 2006)

Persönl. Besprechungen mit ratsuchenden Personen	192	(189)	(210)
Telefon. Besprechungen mit ratsuchenden Personen	415	(450)	(510)
Persönliche Besprechungen mit Verwaltungsstellen	13	(17)	(16)
Telefon. Anfragen/Besprechungen mit Verwaltungsstellen	126	(132)	(174)
Schriftlich eingeholte Auskünfte/Stellungnahmen von Verwaltungsstellen	115	(88)	(77)
Augenscheine vor Ort mit beiden Parteien gemeinsam	0	(4)	(4)
Vermittlungsgespräche mit beiden Parteien gemeinsam	2	(9)	(9)
Rein schriftliche Beantwortung schriftlicher Anfragen	22	(12)	(5)
Telefonische Anfragen (Ombudsman nicht zuständig)	248	(210)	(214)

2.3. Verfahrensdauer bei den im 2008 abgeschlossenen 287 Geschäften

Nachfolgende Aufstellung gibt die Verfahrensdauer zwischen Eingang (meist telefonische Anmeldung für eine Besprechung) und definitiver Erledigung eines Geschäftes in Kalendertagen (T) wieder.

Dauer	1-5 T	6-10 T	11-30 T	31-60 T	61-90 T	91-180 T	über 180 T
Fälle	78	30	51	72	32	15	9
In %	27.2	10.5	17.8	25.1	11.1	5.2	3.1

Rund 80% aller 287 im Berichtsjahr abgeschlossenen Geschäfte konnten innerhalb von zwei Monaten erledigt werden (im Vorjahr rund 69%).

2.4. Art der Erledigung

§ 10 des Baselbieter Ombudsmangengesetzes sieht für die Erledigung der an den Ombudsman herangetragenen Geschäfte Folgendes vor:

Der Ombudsman kann

- dem Gesuchsteller für sein weiteres Verhalten Rat erteilen;
- die Angelegenheit mit den Behörden besprechen;
- eine schriftliche Empfehlung zuhanden der beteiligten Behörden abgeben.

In 246 oder rund 85% der im Berichtsjahr erledigten 287 Geschäfte fanden eine oder mehrere persönliche oder telefonische Besprechungen/Beratungen mit den Ratsuchenden statt. Dabei kam es in 160 Geschäften (55%) zu keinem Kontakt zwischen dem Ombudsman und der Verwaltung; der Ombudsman konnte es jeweils bei einer Beratung in formeller und/oder materieller Hinsicht belassen bzw. die Ratsuchenden wünschten explizit keine Kontaktaufnahme des Ombudsman mit der Verwaltung.

In 86 Geschäften (30%) verlangte der Ombudsman auf Wunsch der Ratsuchenden in schriftlicher und/oder mündlicher/telefonischer Form Auskunft von der Verwaltung. In 2 Fällen fand eine gemeinsame, klärende Besprechung zwischen den Ratsuchenden und der Verwaltung unter der Leitung des Ombudsman statt. In 5 Fällen führten die Abklärungen zu mündlichen Empfehlungen an die Verwaltung. Schriftliche Empfehlungen wurden im Berichtsjahr keine abgegeben.

In 41 erledigten Geschäften (15%) fand keine persönliche Besprechung /Beratung durch den Ombudsman statt. 9 davon wurden schriftlich erledigt, ohne Kontaktaufnahme mit der Verwaltung; ebenfalls 9 wurden nach vorgängigem Kontakt mit der Verwaltung auch schriftlich erledigt; weitere 23 erledigten sich durch Rückzug durch die Ratsuchenden bevor es zu einer persönlichen Besprechung/Beratung kommen konnte.

3. Kurzbeschreibung der im 2008 eingegangenen Geschäfte

Mit welchen Anliegen wenden sich rat- und hilfeschuchende Personen eigentlich an den Ombudsman? Diese Frage wird mir immer wieder gestellt. Nachfolgende stichwortartige Auflistung soll eine Antwort darauf geben. Dabei möchte ich aber ausdrücklich festhalten, dass sich im Verlauf der Fallbehandlung oft zeigt, dass das Anliegen, weswegen der Ombudsman angegangen wird, gar nicht der zentrale Punkt des Problems ist. Vielmehr kann dahinter ein anderes stecken, das dann allenfalls anzugehen ist. Die Auflistung der Geschäfte ist nach deren Herkunft in verwaltungsexterne (= ratsuchende Person kommt von ausserhalb der Verwaltung) und verwaltungsinterne (= ratsuchende Person arbeitet in der Verwaltung) gegliedert.

3.1. Verwaltungsexterne Geschäfte - Staat

Sicherheitsdirektion SID (vormals Justiz-, Polizei- und Militärdirektion)

Polizei

- Schleppende Anhandnahme eines Administrativverfahrens wegen Sicherungsentzug des Fahrausweises
- Moniert Verhalten der Polizei bei einer Hausdurchsuchung
- Rufmord durch Polizei
- Formelle Fragen zu SVG-Strafbefehlsverfahren und Administrativverfahren
- Drohender Führerausweisentzug
- Sohn sei unschuldig seit drei Monaten in Untersuchungshaft und niemand gebe ihr Auskunft
- Polizei unternehme nichts trotz Anzeigen wegen Diebstahl und Sachbeschädigung
- Anfrage zur polizeilichen Durchsuchungspraxis (Leibesvisitation) festgenommener Personen
- Administrativverfahren; Ärztliches Gutachten nach kleinerem Unfall; Arzt

empfehle, nicht mehr Auto zu fahren

- Nicht einverstanden mit angedrohtem weiteren Führerausweisentzug
- Angeordnete Alterskontrollfahrt nicht bestanden; Arztbericht unfair; fühlt sich unfair behandelt
- Anzeige wegen Nachtruhestörung
- Anzeige werde von Polizei nicht behandelt
- Fühlt sich von einem Polizisten bedroht
- Drohender Führerausweisentzug
- Administrativmassnahme wegen Geschwindigkeitsüberschreitung
- Merkwürdige anonyme Briefe, harte polizeiliche Einvernahme
- Vergabepaxis der Polizei betr. Abschleppdienste durch Garagisten bei Verkehrsunfällen
- Unglaublich hohe Bewilligungsgebühren für Ausnahmetransport
- Neben Geldbusse irrtümlicherweise noch eine andere Rechnung auf Verbindungskonto der Polizei BL in Holland einbezahlt

Andere SID-Bereiche

- Probleme bei Vollzug einer in Haft umgewandelten Busse
- MFK BL akzeptiert Dokumente der MFK Tessin für eine antike Vespa nicht
- Beschwerde gegen verfügte fürsorgerische Freiheitsentziehung
- Zivilstandsamt verweigert Heirat zwischen Ausländer mit Niederlassung C und Ausländerin ohne Aufenthaltsbewilligung
- Erhalte kein Reisevisum für Ferienreise
- Schleppendes Adoptionsverfahren
- Problem mit Familiennachzug
- Kauf eines Grundstückes wurde im Grundbuch nicht eingetragen
- Ungerechtfertigte Gebühr für Wechselschild für Personenwagen
- Habe eingeschriebene Mahnung für Autosteuer erhalten trotz Erklärung, warum er nicht bezahlen konnte
- Moniert Amtsmissbrauch durch Dienststellenleitung

- Erhalte nach zweimaliger Nachfrage immer noch keine Antwort auf seine Eingabe
- Negativer Einbürgerungsbescheid, weil Ehefrau nicht deutsch könne
- Mit Einspracheentscheid betr. Wehrpflichtersatzabgabe nicht einverstanden
- Angeblicher Fehler eines Erbschaftsamtes bei Erbabwicklung
- Herablassende Behandlung durch Dienststellenleitung
- Beschwerde über Vorgehen eines Betreibungsamtes
- Problem mit einem Erbschaftsamt
- Definitive Wehrpflichtersatzrechnung erst nach 4 Jahren und mit Verzugszins erhalten
- Was tun gegen Verhaftung des 15jährigen Sohnes?
- Frage zum relevanten Gesuchseinreichungsdatum bei Einbürgerungen von Schweizerbürgern
- Nicht einverstanden mit Gebührenrechnung
- Moniert Fehler des Grundbuchamtes beim Kauf von landwirtschaftlichem Land
- Möchte Verpflichtungserklärung gegenüber Amt für Migration für 2 Pflegekinder aus Ecuador wegen Täuschung durch die Kindsmutter nichtig erklären lassen
- Erst jetzt definitive Wehrpflichtersatzrechnungen für die Ersatzjahre 2003/2004 erhalten
- Will sofort Einsicht in Grundbuchakten

Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion VGD (vormals Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion)

KIGA/RAV

- Nicht einverstanden mit Verpflichtung zu einer Kursteilnahme, da sie sich selbständig mache
- Mit Anordnung der Teilnahme an Beschäftigungsprogramm nicht einverstanden

- Stempelt seit 5 Monaten und hat von der Arbeitslosenkasse noch kein Geld erhalten
- Ist mit Vorgehen des KIGA nicht einverstanden
- Persönliche Probleme mit RAV-Beraterin
- Mit monatlicher Abrechnung des KIGA nicht einverstanden
- Arbeitslosengeld für 1 Monat nicht erhalten
- Erhalte seit 8 Monaten keine Arbeitslosenentschädigung
- Arbeitslosenentschädigung werde wegen angeblicher Unvermittelbarkeit gestrichen
- Nicht einverstanden damit, dass sie keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld habe
- Mit Verpflichtung zur Teilnahme an Beschäftigungsprogramm nicht einverstanden
- Mit Behandlung seines Sohnes in RAV nicht einverstanden
- Rahmenfrist werde nicht akzeptiert; versteht die juristischen Ausdrücke nicht

Andere VGD-Bereiche

- Mit Abklärungen durch KJPD nicht einverstanden
- Mit (zu) hoher Berechnung der Pensionspreise in Behinderteneinrichtung nicht einverstanden
- Hund wurde aufgrund amtlicher Anordnung eingeschläfert
- Probleme im Zusammenhang mit anstehender Melioration
- Mit angedrohter fürsorglicher Freiheitsentziehung nicht einverstanden
- Problem mit Einsicht in eigene Patientenakten in einem Kantonsspital
- Medizinische Fehlbehandlung in einem Kantonsspital

- Wer bezahlt offene Spitalrechnung für Grossvater aus Albanien, der in der Schweiz zu Besuch war, in einem Kantonsspital operiert werden musste und nach seiner Rückkehr nach Albanien dort verstarb?

Finanz- und Kirchendirektion FKD

Steuerverwaltung (inkl. Steuererlass)

- Mit Steuerveranlagung nicht einverstanden
- Trotz Privatkonkurs im 2007 Steuerrechnung für 2007 erhalten
- Mit Steuerabzug für Unterhaltsbeiträge an volljährige Kinder nicht einverstanden
- Beschwerde gegen Steuerverwaltung
- Versteht Schreiben der Steuerverwaltung nicht
- Abzug für externe Kinderbetreuung wird nicht gewährt
- Steuererlass wird nicht gewährt
- Amtliche Veranlagung während Auslandsaufenthalt
- Lohnkonto auf Steuererklärung nicht angegeben; Steuerverwaltung fordert Angabe
- Kann Steuern nicht bezahlen wegen falscher Beratung durch ein privates Finanzinstitut
- Arbeitslos, betriebene Steuerschulden seit 2002, Lohnpfändung: wie weiter?
- Unzufrieden mit Behandlung durch Steuerverwaltung
- Kann sich die hohe Steuerrechnung für das Jahr 2006 nicht erklären
- Fühlt sich ungerecht behandelt
- Eigenmietwert für Gartenhäuschen zu hoch veranlagt
- Fragen zur steuerlichen Abzugsfähigkeit eines Einkaufs in die Pensionskasse
- Betreibungen wegen Steuerschulden

- Erbschaftssteuern für Eltern nach dem Tod ihres Sohnes
- Mit Veranlagung nicht einverstanden wegen Kindesabzugsregelung für in getrennter Ehe lebende Steuerpflichtige
- Steuererlass wird nicht mehr gewährt
- Mit der definitiven Steuerveranlagung 2007 nicht einverstanden
- Einsprache gegen Veranlagungsverfügung Staatssteuer 2007
- Sie anerkenne eine Steuerforderung nicht, da bei der Steuerrechnung nach 5 1/2 Jahren einiges nicht klar sei
- Steuererlass wird nicht gewährt
- Trotz Wiedererwägungsgesuch wird Steuererlass erneut nicht gewährt
- Kein Steuererlass, obwohl IV-Rentner und EL-Bezüger
- Zahlungsbefehl für nie erhaltene Steuerrechnung
- Mit ablehnendem Erlassentscheid nicht einverstanden
- Betreuung wegen Steuerausständen

Bau- und Umweltschutzdirektion BUD

- Baueinstellung bei Dachstockausbau
- Probleme mit Baustopp im Baubewilligungsverfahren
- Moniert Verletzung der Mitwirkungsrechte gemäss Raumplanungs- und Baugesetz im Spezialrichtplan-Verfahren Salina-Raurica
- Probleme mit Strassenlärm
- Schleppende Anhandnahme eines Baugesuches für ein Einfamilienhaus
- Muss bereits installierten Whirlpool auf seiner Terrasse wieder entfernen oder allenfalls Baugesuch einreichen

Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion BKSD

- Bauverzögerung infolge archäologischer Grabungen; Schadenersatz
- Ausbildungsbeiträge für Tochter verweigert, da Eltern nicht gerichtlich getrennt, sondern in gegenseitigem Einverständnis
- Fahrlässigkeit im Schulbereich; niemand unternehme etwas auf ihre Inter-

vention

- Probleme mit regionalem Schulabkommen
- Schulgeld für ausserkantonalen Schulbesuch für unter ADS leidende Tochter wird nicht übernommen
- Aus Datenschutzgründen keine Bestätigung vom Personaldienst, dass Ex-Ehemann keine Kinderzulagen bezieht
- Ist mit dem Zeitpunkt des Beurteilungsgespräches an der Sekundarschule nicht einverstanden
- 15-jähriger Sohn werde von Lehrerin und Rektorat bedroht
- Mit negativem Stipendienentscheid nicht einverstanden

3.2. Verwaltungsexterne Geschäfte - Gemeinden

Einwohnergemeinde/Gemeinderat/Gemeindeverwaltung/Primarschulrat

- Gegen seinen Willen von der bisherigen Wohnsitzgemeinde in eine andere Baselbieter Gemeinde abgemeldet worden
- Mit Rechnungsstellung für Allmendgebühren nicht einverstanden
- Kandelaberverschiebung auf eigene Kosten bei Neubau
- Mit Anstösserbeiträgen bei Strassenausbau nicht einverstanden
- Will Entschädigung für die jahrelange Pflege seiner pflegebedürftigen Ehefrau
- Schleppende Behandlung einer Anzeige wegen Nachtruhestörung
- Nicht einverstanden mit geplanter Baurechtszinserhöhung durch Gemeinde
- Gemeinde handelt eigenmächtig trotz eines beim Kanton hängigen Steuererlassgesuches
- Wegen schleppender Anhandnahme der Steuerveranlagung negative finanzielle Folgen bei der Schulzahnpflege
- Gemeinderat missachte Beschluss der Gemeindeversammlung
- Unkorrektes Handeln des Gemeinderats an einer Gemeindeversammlung
- Tätlichkeit einer Kindergartenlehrperson ohne rechtliche Folgen

- Mit ablehnender Mietzinsbeitragsverfügung nicht einverstanden
- U-Abo für Schulweg wird von der Gemeinde nicht übernommen
- Mit Anschlussgebühren der Gemeinde nicht einverstanden
- Fragen zur Kostenbeteiligung der Anstösser bei Erneuerung einer Strasse
- Ehrverletzende Äusserungen des Gemeinderates
- Gemeinderat hat Steuererlassgesuch abgelehnt
- Mit Rechnung für Kostenbeteiligung an allgemeinen Schutzraum nicht einverstanden
- Fragwürdige Gebühren für die Hundehaltung
- Rufmord durch ehemaligen Arbeitgeber
- Fragen zum Parkieren auf öffentlichem Grund
- Mit schriftlicher Verwarnung durch den Gemeinderat wegen zahngesundheitlicher Vernachlässigung der Kinder nicht einverstanden
- Strassenbaulinie soll wegen eines privaten Bauprojektes eines Gemeinderates neu festgesetzt bzw. geändert werden
- Übermässige Lärmbelästigung durch eine Skateboard Anlage im Schulareal
- Neueinmessung ihres Landes auf eigene Kosten wegen neuem Zonenplan
- Tochter hat Angst vor Lehrerin in Primarschule; Wechsel in Parallelklasse wird abgelehnt
- Ordnungsbusse durch Gemeindepolizei wegen Parkierens auf Behindertenparkplatz
- Probleme mit Gemeinderat und Gemeindegemeinschaft

Bürgergemeinde

- Versprechen der Bürgergemeinde, dass Bach saniert werde, werde nicht eingehalten
- Einbürgerungsgesuch werde ständig sistiert

Vormundschaftsbehörde

- Gefährdungsmeldung werde nicht ernst genommen

- Möchte wegen persönlichem Zerwürfnis Beiständin wechseln
- Hyperaktives Kind müsse entgegen dem Wunsch der Eltern in ein Heim
- Vormundschaftsbehörde dränge auf den Eintritt des Sohnes in eine Tagesschule
- Angekündigte Fremdplatzierung der Kinder durch Vormundschaftsbehörde
- Landverkauf durch die Vormundschaftsbehörde
- Fragen zur Verfügung der Vormundschaftsbehörde betreffende Errichtung einer Erziehungsbeistandschaft
- Beiständin überweist Mietzins nicht rechtzeitig; Kündigungsandrohung durch Vermieter erhalten
- Vormundschaftsbehörde will Tochter in ein geschlossenes Heim platzieren
Sozialhilfebehörde (inkl. Soziale Dienste)
- Probleme mit der Sozialhilfebehörde
- Unterstützung zu tief berechnet?
- Erhalte zu wenig Unterstützung
- Asylbewerber würden ohne Verfügung aus der Wohnung geworfen
- Sozialhilfe wurde per Verfügung eingestellt; keine Antwort auf neuen Antrag
- Seit zwei Jahren ohne Wohnung
- Habe unter Druck „Zettel“ unterschrieben, dass Sozialdienst sein Geld verwalte; dieser mache es aber nicht korrekt
- Müsse Abtretung der beantragten Ergänzungsleistungen an Sozialhilfebehörde unterschreiben
- Unterstützung gestrichen, da er vorübergehend die von der Sozialhilfebehörde bezahlte Wohnung nicht bewohnt habe
- Fühlt sich von der Sozialhilfebehörde unter Druck gesetzt und möchte vom Ombudsman über ihre Rechte aufgeklärt werden
- Will geprüft haben, ob die Sozialhilfebehörde korrekt handelt
- Erhalte zu wenig finanzielle Unterstützung
- Nach Zuzug aus anderem Kanton will die Sozialhilfebehörde nun keine Un-

terstützung ausrichten

- Berechnung der Abtretung der IV-Rente an die Sozialhilfebehörde stimmt nicht
- Schleppende Anhandnahme seines Antrages auf Sozialhilfe
- Leistungskürzung verfügt
- Sozialhilfebehörde richtet nur reduzierte Unterstützung aus
- Mit Unterstützungsleistung nicht einverstanden
- Rückforderung angeblich zu Unrecht bezogener Leistungen
- Kürzung des Grundbedarfes um 10 % verbunden mit Androhung der Leistungseinstellung
- 20%ige Kürzung des Grundbedarfes, weil er das Auto eines Freundes zum Fahren benützen darf
- Sozialhilfebehörde verlangt Abtretung der Lebensversicherung
- Sozialhilfebehörde mache ihr das Leben schwer
- Einstellung der Unterstützung wegen Aufnahme eines Universitätsstudiums
- Versteht Verfügung betreffend Verrechnung der Sozialhilfeunterstützung mit IV- und EL-Leistungen nicht
- Mit Unterstützungsberechnung nicht einverstanden
- Die Sozialhilfebehörde interessiert es nicht, dass er obdachlos sei und er erhalte auch keine Nothilfe
- 20%ige Kürzung des Grundbedarfes für eine 5köpfige Familie, weil sich der drogenabhängige Vater nicht an Auflagen hält
- Erhalte keinen Gesprächstermin beim Sozialdienst ohne vollständige Unterlagen
- Schleppendes IV-Verfahren / Sozialhilfebehörde leiste keine Unterstützung mehr
- Hat Leistungskürzungsverfügung von Sozialhilfebehörde erhalten
- Habe keine Krankenkasse mehr und müsse ins Spital; weder Sozialhilfebehörde noch sonst jemand helfe ihm
- Wegen Wegzug in eine andere Baselbieter Gemeinde für einen Monat kei-

ne Unterstützung erhalten

- Fühlt sich von der Sozialhilfebehörde gemobbt
- Neuer Sozialdienstmitarbeiter lasse nicht mit sich reden und drohe mit 20%iger Kürzung des Grundbedarfes
- Probleme mit der Sozialhilfebehörde wegen angeblich zu teurer Mietwohnung
- Sozialhilfebehörde möchte, dass er in ein Männerwohnheim zügelt
- Streichung der Unterstützung für einen Monat, weil er nicht am Integrationsprogramm teilgenommen hat, obwohl Arzteugnis wegen psychischer Erkrankung vorliegt
- Wer muss im Rahmen der Nothilfe für die Krankenkassenprämien für einen Ausschaffungshäftling mit asylrechtlichem Nichteintretensentscheid aufkommen?
- Problem mit Sozialhilfebehörde wegen angeblich zu Unrecht bezogener Leistungen
- Ausbildungsbeiträge gehen direkt an die Sozialhilfebehörde und diese leiste zu wenig finanzielle Unterstützung

3.3. Verwaltungsexterne Geschäfte - Gerichte

- Probleme mit Urteil im Strafbefehl und erteilter Weisung
- Moniert schleppendes Verfahren der Strafverfolgungsbehörden
- Unzufrieden mit Behandlung einer Strafanzeige durch zuständiges Statthalteramt
- Fragen zu Vorladung auf Statthalteramt wegen gefälschtem Fahrausweis und zum Untersuchungsverfahren allgemein
- Ausbleibende Rückerstattung des geleisteten Kostendepositums nach rechtskräftiger Verfahrenseinstellung
- Unverhältnismässige Hausdurchsuchung bei seinem Sohn
- Nicht einverstanden mit verfügtem Kostenvorschuss für Rechtsöffnung in einer Betreibung
- Nicht einverstanden damit, dass eine Strafuntersuchung gegen ihn wegen einer angeblichen Kollision mit einem anderen Fahrzeug eingeleitet wurde

- Akteneinsichtsgesuch nach Abschluss des Strafverfahrens wird abgelehnt
- Glaubt, eine Geschwindigkeitsbusse nach deren Bezahlung noch einmal erhalten zu haben

3.4. Verwaltungsexterne Geschäfte – Andere Institutionen

Sozialversicherungsanstalt

- IV Ehegatten-Zusatzrente wurde gestrichen
- Unterschiedliche Auffassungen zwischen EL-Ausgleichskasse, Krankenkasse und Einwohnergemeinde bezüglich aktuellem Wohnsitz
- Problem mit AHV-Ausgleichskasse
- Schleppende Anhandnahme des EL-Antrages für betagten Vater
- Mit EL-Berechnung nicht einverstanden
- Berechnung EL dauere zu lange
- Mangelhafte und schleppende Behandlung bei der Ausgleichskasse
- Hat ablehnende EL-Verfügung erhalten
- 100%-ige IV-Rente soll gemäss Vorbescheid der IV-Stelle gekürzt werden
- Probleme betreffend Nachzahlung von AHV-Beiträgen
- Probleme mit AHV-Ausgleichskasse
- Rückforderung von Ergänzungsleistungen
- Ehefrau hat negativen IV-Entscheid erhalten
- Abrechnung Akontobeiträge für Nichterwerbstätigkeit
- Möchte als IV-Bezüger EL beantragen, erhalte aber ungenügende Auskunft

Weitere Institutionen (Ombudsman zuständig)

- Irrtümlich zu viel Pensionskassengelder ausbezahlt erhalten; Rückforderung mit Schuldanerkennung; grosser Kursverlust bei Rückzahlung
- Mit Leistungsvorbehalt der Pensionskasse nicht einverstanden
- Rückforderung der Basellandschaftlichen Pensionskasse

- Mit Brandschutzaufgaben nicht einverstanden
- Empörung über Regierungsratsentscheid betreffend Subvention für Schwimmbad

Weitere Institutionen (Ombudsman nicht zuständig)

- Ehemaliger Präsident der Sozialhilfebehörde mache ihm als Gemeinderatsvertreter in der Sozialhilfebehörde Vorwürfe wegen Amtsmissbrauchs
- Schleppende Bearbeitung eines AHV-Rentenantrages aus dem Ausland
- Führerausweisentzug - Schleppende Bearbeitung des verkehrspsychologischen Gutachtens durch die Universitären Psychiatrischen Kliniken (UPK) in Basel
- Problem mit privatem Tagesheim
- Führerausweisentzug - Schleppende Bearbeitung des verkehrspsychologischen Gutachtens durch die UPK in Basel
- Unzufrieden mit der Arbeit der landrätlichen Geschäftsprüfungskommission
- Wartet seit 4 Monaten auf Resultat von verkehrstechnischem Gutachten der UPK in Basel
- Arbeitskonflikt in privatem Kinderheim
- Stiftungsrat als Aufsichtsinstanz der Heimleitung nehme sich seiner Anliegen nicht an

3.5. Verwaltungsinterne Geschäfte (Personalfälle) – Staat

- Rufschädigung durch ehemaligen Arbeitgeber
- Zumutbarkeit von Mehrarbeit, wenn Stellenprozente in Abteilung nicht voll besetzt sind
- Arbeitskonflikt
- Vaterschaftsurlaub nur teilweise genehmigt
- Vertrag für geschützte Arbeitsstelle wird zwar erneuert aber verbunden mit Lohnrückstufung um vier Lohnklassen
- Probleme mit Arbeitsvertrag
- Will Stelle kündigen und kennt die Kündigungsfristen nicht

- Fragen zur Auflösung des Anstellungsverhältnisses
- Mobbing
- Seit längerem angespannte Situation am Arbeitsplatz eskaliere in Richtung Mobbing
- Unkorrekte Ferienabrechnung
- Rückwirkende Korrektur der seit fünf Jahren bestehenden zu tiefen Lohn-einreihung nur für ein Jahr
- Unhaltbarer Umgangston in der Dienststelle
- Probleme mit direktem Vorgesetzten; Dienststellenleitung nie erreichbar
- Lohnfortzahlung bei Krankheit nach Kündigung
- Unfaire Behandlung im Zusammenhang mit der Gewährung eines Schwangerschaftsurlaubes
- Probleme mit der führungsverantwortlichen Person
- Arbeitsrechtliche Fragen; Mobbing
- Erneute Probleme am Arbeitsplatz; Drohung durch Vorgesetzten
- Wünscht Beratung; Probleme mit neuer Chefin, Mobbing?
- Probleme mit direktem Vorgesetzten nach Kündigung durch Arbeitnehmer
- Probleme mit Vorgesetzten; Ansetzung einer Bewährungsfrist
- Anstellungsbehörde ersucht um Vermittlung in einem Konflikt mit Mitarbeitendem
- Anstellungsbehörde will unbezahlten Urlaub für Sprachaufenthalt nicht bewilligen
- Fühlt sich von seinen beiden Linienvorgesetzten gemobbt
- Fragen zur Lohneinreihung bei Funktionswechsel
- Probleme mit Vorgesetzten
- Trotz Zusicherung werde Diplom für Zusatzausbildung nicht lohnwirksam anerkannt
- Probleme mit Anstellungsbehörde
- Letzte Lohnabrechnung nach Kündigung scheint nicht korrekt zu sein

- Arbeitet zu 70%; Anstellungsbehörde möchte Aufstockung des Pensums auf über 80%
- Vorwurf der sexuellen Belästigung
- Sofortige Freistellung wegen unwahrer Behauptung des direkten Vorgesetzten
- Erziehungszulage werde rückwirkend nur für das laufende Jahr gewährt
- Nichteingehaltene Versprechungen betreffend Arbeitsvertrag und Lohnklasse

3.6. Verwaltungsinterne Geschäfte (Personalfälle) – Gemeinden

- Mit Arbeitszeugnis nicht einverstanden
- Hat Bewährungsfrist bekommen, möchte rechtliche Beratung
- Antrag auf Beförderung wird von der Anstellungsbehörde ohne Begründung abgelehnt
- Probleme mit Mitgliedern des Gemeinderates

Dank

Die Ombudstätigkeit ist nur möglich, wenn sie von allen Seiten akzeptiert wird und die notwendige Unterstützung erhält. Es braucht die Bereitschaft aller Beteiligten, konstruktiv zu Lösungen beizutragen und dabei den eigenen Standpunkt und gewohntes Denken auch in Frage zu stellen.

Auch in meinem fünften Amtsjahr habe ich die Verwaltungsstellen und deren Mitarbeitende im Grossen und Ganzen positiv erlebt. Mir und meiner Arbeit wurde wohlwollend, offen und gesprächsbereit begegnet. Sowohl meine mündlichen als auch schriftlichen Anfragen wurden in der Regel ausführlich

und innert nützlicher Frist beantwortet. Ebenso wurde mir bei Bedarf umfassende Akteneinsicht gewährt. Für diese konstruktive Zusammenarbeit sei an dieser Stelle ausdrücklich gedankt.

Ein ebenso grosser Dank gebührt wiederum den rat- und hilfesuchenden Personen, die sich auch im Berichtsjahr 2008 an die Ombudsstelle Baselland gewandt und damit meinen Mitarbeitenden und mir ein Vertrauen entgegen gebracht haben, das uns ehrt und uns immer wieder Verpflichtung ist.

Zu guter Letzt geht natürlich auch ein grosses DANKE an meine beiden Mitarbeiterinnen, Evelina Cereghetti und Josy Lachat, sowie an Cyrill Baumgartner, für ihren wie immer grossen und kompetenten Einsatz im Berichtsjahr.

"Wo kämen wir hin, wenn jeder sagte, wo kämen wir hin und keiner ginge,
um zu sehen, wohin wir kämen, wenn wir gingen."

Kurt Marti, Schweizer Pfarrer und Schriftsteller